

Ingolstadt behindert Eltern und Mitarbeiter einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung !

Damit Fahrradfahrer 90 Sekunden Zeit sparen hat die Stadt Ingolstadt in einer kleinen Straße bei einer Einrichtung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung Parkplätze zugunsten von 100 Metern Radweg vernichtet. Die Bewohner der Umgebung, die Eltern der Kinder und die Mitarbeiter der Einrichtung leiden unter der unsinnigen Verknappung von Parkraum. Das ist Symbolpolitik in einer Stadt, die schon lange als besonders wenig fahrradfreundlich gilt!

Mit Erstaunen bemerkten wir am 13. Juni, dass ab 20. Juni die Parkplätze in der Friedrich-Ebert-Straße wegen Straßenarbeiten gesperrt werden müssen. Da bei dieser Maßnahme unsere Rettungszufahrt behindert wird und da nicht zu erkennen war, wie lange die Sperrung dauern würde und ob unser Sommerfest am 23. 6. behindert wird, wandten wir uns sofort an das Tiefbauamt. Ein Mitarbeiter vom Tiefbauamt kam zu einem Ortstermin und versicherte, dass die Markierungsarbeiten bis zum Samstag beendet seien. Es wurde dann vor Ort noch über die Breite der Zackenspuren an den Ausfahrten geredet. Weitere Informationen erhielten wir nicht.

Mit Entsetzen konnten wir dann am 21. Juni feststellen, dass diese „Markierungsarbeiten“ eine völlig neue Verkehrssituation auf dieser Straße herstellten. Es wird die nach Nordwesten zeigende Seite der Friedrich-Ebert-Straße durch Fahrbahnmarkierung mit einem Fahrradweg entgegen der Einbahnstraße ausgestattet. Diese Aktion bedeutet den Verlust von ca. 15 PKW-Stellplätzen auf der Straße.



(Fotoquelle: B. Plessow)

Am Montag den 25.6. waren dann zusätzliche feste Halteverbotschilder angebracht worden durch die auf der gegenüberliegenden Straßenseite weitere drei Parkplätze vernichtet werden und bereits an diesem Montag war die Verkehrswacht fleißig beim Strafzettel verteilen für Verstöße gegen diese völlig neue Beschilderung.

Ich glaube es ist nachvollziehbar zu sagen, dass sich unser Verwaltungsleiter, Herr Ludwig Wittmann, der den Ortstermin mit einem Mitarbeiter vom Tiefbauamt bestritten hat, durch die Stadtverwaltung nicht ernst genommen sah..

Es gibt eine längere Vorgeschichte. Ende des Jahres 2016 wurde durch einen mit dem Fahrrad rasenden Lokalreporter des Donaukuriers das erste Mal das Thema in recht polemischer Weise in der Zeitung dargestellt. Wir waren in St. Vinzenz aufmerksam geworden und wandten uns an die Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates, sowie an den Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel, Herrn Wittmann, Herrn Mißbeck und

Frau Preßlein-Lehle.

Der Berichterstattung im Donaukurier vom 24./25. September 2016 konnten wir dann entnehmen, dass die jetzt vollzogene Maßnahme stattfinden „soll“ und der Bezirksausschussvorsitzende, Herr Gebauer, wird zitiert mit: „Die Mitteilung (der Stadt), dass dies möglich sein wird, ist bei uns eingegangen.“ Es war also nicht erkenntlich, dass ein entsprechender Beschluss im Stadtrat erfolgt wäre. Von einem Stadtratsbeschluss erfuhren wir nichts und im Frühjahr 2017 gingen wir davon aus, dass die Sache vom Tisch sei. Bis heute hat kein Stadtrat und auch niemand aus der Stadtverwaltung uns über einen gefällten Beschluss, respektive die Durchführung der Maßnahme unterrichtet. Auch der Mitarbeiter vom Tiefbauamt informierte uns bei der wenige Tage zuvor stattgefundenen Begehung nicht über den tatsächlichen Inhalt der geplanten Markierungsarbeiten.

Wir sind enttäuscht darüber, dass wir von Seiten der Stadt nicht über die beschlossene Maßnahme informiert wurden. Das letzte Schreiben, das wir vom Tiefbauamt erhielten, stammt vom 14. September 2016 und spricht ausdrücklich von einem schwebenden Verfahren.

Die Angelegenheit bekommt noch eine pikante Note. Unser Vorschlag vom Oktober 2016, die Parkzeitbegrenzung auf der Frühlingstraße Richtung Donaulände aufzuheben, wurde vom Tiefbauamt damit beantwortet, dass dies den Kunden der dort befindlichen Ladengeschäfte, nicht zugemutet werden könne. Es handelt sich dabei um ein Nagelstudio, eine Versicherungsagentur und ein Sanitär-Handwerksbetrieb. Letzterer gehört Herrn Stachel, der bis zur Stabübergabe an seinen Sohn im Oktober 2017 Stadtrat in Ingolstadt war.

Jener Herr Stachel Senior, nahm auch an einer Bezirksausschusssitzung im Herbst 2016 teil, die in Räumen des Caritas-Zentrums St. Vinzenz abgehalten wurde. Als ich dort meinen Vorschlag bezüglich der zeitbegrenzten Parkplätze einbrachte, fuhr er dem Hausherrn, also mir, in gelinde gesagt unverschämter Weise, in die Rede.

Selbiger Herr Stachel brachte an anderer Stelle den Vorschlag vor, die Caritas könnte doch auf dem Gelände eine Tiefgarage bauen. Wir müssen vermuten, dass jenem Herrn Stachel nicht bewußt ist, dass die Kosten für diese Tiefgarage vollständig zu Lasten des Steuerzahlers gehen würden.

St. Vinzenz hat sich bisher in der Diskussion immer fair und zurückhaltend verhalten. Weder haben wir mit Leserbriefen den rasenden Radreporter des Donaukuriers attackiert noch haben wir die unsinnige Planung von Hochschule und Carissima ins Feld geführt. Es sind nämlich viele auswärtige Studenten, die um das Caritas-Zentrum herum parken, da die Hörsäle über die Bahnunterführung in 5 Fußminuten erreichbar sind. Solche Institutionen gehören als Campus mit Erweiterungsmöglichkeit an den Rand einer Stadt verortet und nicht in ein Stadtzentrum.

Dass die Herstellung einer fahrradtauglichen Stadt über Jahre hinweg nicht gewollt war oder verschlafen wurde ist noch ein ganz anderes Thema. Auch das haben wir in der Diskussion außen vor gelassen.

Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Stadt ebenfalls fair und transparent handelt. Nach der Markierungsaktion vom Donnerstag, dem 21. Juni müssen wir erschrocken feststellen, dass dies nicht der Fall ist.

Der Sicherstellungsauftrag für die Errichtung und den Betrieb einer Förderschule liegt bei der Stadt Ingolstadt. Konfessionelle Ersatzschulen haben de jure einen Anspruch auf einen vollständigen Kostenersatz durch den Freistaat. Die Kommunen bekommen derzeit einen staatlichen Zuschuss für Ihre Schulen von vielleicht 40 %. Das heißt, dass der Caritasverband die Stadt Ingolstadt pro Jahr um mindestens eine Million € entlastet! Der Betrieb der Schule ist für die Caritas über all die Jahre nicht immer kostendeckend refinanziert gewesen!

Im Caritas-Zentrum St. Vinzenz in der Frühlingstraße und in den drei Gebäuden der Friedrich-Ebert-Straße arbeiten Erzieher und Heilerziehungspfleger sowie eine ganze Reihe weiterer pädagogischer und medizinisch-therapeutischer Fachkräfte. Es handelt sich hier um fast 100 Beschäftigte. Es ist jedem klar, dass diese Anzahl an Beschäftigten sich nicht allein aus der Ingolstädter Bevölkerung rekrutieren lässt. Viele Mitarbeiter kommen aus den benachbarten Landkreisen und haben bei der derzeitigen desolaten Nahverkehrssituation in der Region keine andere Möglichkeit, als mit dem eigenen Auto zur Arbeit zu kommen.

Es handelt sich hier um hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit ungeheurem Engagement sich um die Schüler und die Kinder- und Jugendlichen der Tagesstätten sowie der Frühförderung kümmern. Die Kinder und Jugendlichen sind teilweise schwerst mehrfachbehindert und haben anerkannte Pflegestufen. Sie werden gewickelt, gefüttert, gehoben, sind teilweise emotional sehr instabil und nicht selten geht ein T-Shirt oder die Brille einer pflegenden Fachkraft kaputt. Um an dieser Arbeit Freude zu

haben bedarf es schon eines besonderen Idealismus. Es ist nicht leicht für diese Arbeit geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Der Fachkräftemangel ist eklatant und die Bezahlung (Tarif, wie im öffentlichen Dienst) nicht üppig. Die Markierungsaktion der Stadt Ingolstadt richtet sich klar und eindeutig gegen die Anwohner im Quartier, die Eltern behinderter Kinder und die Mitarbeiter des Caritas-Zentrums. In Sonntagsreden wird von Inklusion und der hohen Leistung der Sozialeinrichtungen gesprochen und am Montag erschwert man den Menschen, die das leisten den Zugang zum Arbeitsplatz.

Das Caritas-Zentrum hat einen regen Publikumsverkehr durch Eltern und externe Therapeuten. Die Frühförderstelle arbeitet ambulant, das heißt wie eine Arztpraxis. Auch den Eltern der behinderten Kinder gegenüber ist das Vorgehen der Stadt wenig nachvollziehbar. Die Radfahrer sparen sich ganze 90 Sekunden (empirisch ermittelt), wenn sie die Friedrich-Ebert-Straße anstelle der Regensburger Straße nutzen, um auf Höhe der Fußgänger-Bahnunterführung die Frühlingstraße zu erreichen.

Die Interessen von drei Kleinunternehmen und einer Handvoll Radfahrern sind den Stadträten und Stadträtinnen da wohl deutlich wichtiger, als die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Man mag es kaum glauben, aber in der zuvor geschilderten Bezirksausschusssitzung im Caritas-Zentrum kam von einer Stadträtin ernsthaft der Vorschlag, die Mitarbeiter von St. Vinzenz könnten ja in dem neuen Parkhaus an der Donaulände parken und zum Arbeitsort rüber laufen. Ohne mit der Wimper zu zucken schlägt diese Stadträtin vor, dass die Mitarbeiter etwa 40,-- bis 50,-- € pro Monat fürs Parken bezahlen und dann noch einen Weg von 20 Minuten zwischen Parkplatz und Arbeitsplatz zurücklegen. Dies spricht Bände über die Wertschätzung, die von einigen Stadträtinnen und Stadträten den Mitarbeitern in der Behindertenhilfe entgegengebracht wird. Ob dieser Stadträtin bewusst ist, dass nicht nur Radfahrer sondern auch Mitarbeiter in sozialen Einrichtungen wahlberechtigt sind?

Markus Pflüger
Einrichtungsleitung



Richtung Schillerstrasse



Richtung Frühlingstrasse

(Fotoquelle: B. Plessow)